

## Wachstumszwang im Kapitalismus

Kein polit-ökonomisches Seminar geplant.

Dennoch wichtig, einige Begriffe zu klären, soweit sie in Zusammenhang mit unserem Thema von Bedeutung sind. Dazu gehört der Begriff *Kapitalismus*. Wenn es um die definitorische Bestimmung des Begriffs Kapitalismus geht, sind bürgerliche und marxistische Wissenschaftler erstaunlicher Weise gar nicht so uneinig. Allgemein wird unter Kapitalismus eine Wirtschaftsform verstanden, die

- auf Warentausch basiert
- Eigentum an den wichtige Produktionsmitteln voraussetzt, sodass
- die Arbeitenden ihre Arbeitskraft an die Produktionsmittelbesitzer verkaufen müssen
- und die auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist.

Wenn hier von *Waren* die Rede ist, so verstehen wir nach Marx darunter Produkte, die einen Doppelcharakter besitzen: sie haben sowohl einen *Gebrauchswert*, den der Konsument nutzen kann, und sie haben einen *Tauschwert*, der die Relation bestimmt, in der die Waren getauscht werden. Dieser Tauschwert bestimmt sich, grob gesagt, durch die im Durchschnitt gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die zu seiner Herstellung erforderlich ist. (Vereinfachte Darstellung: es müsste noch auf den Unterschied zwischen einfacher und komplexer Arbeit eingegangen werden und darauf, dass das reale Austauschverhältnis durch Angebot und Nachfrage modifiziert werden kann, etc. Das würde jetzt aber unseren Rahmen sprengen). (Formel 1: Einfacher Warentausch)

Wie werden nun aber im Kapitalismus *Gewinne* erzielt? Das geschieht dadurch, dass die Produktionsmittelbesitzer eine Ware einkaufen, die die Eigenschaft hat, mehr an Wert zu erzeugen, als sie selber besitzt, nämlich die *menschliche Arbeitskraft*. Der Wert der Arbeitskraft, den ein Produktionsmittelbesitzer oder auch *Kapitalist* in Form des Arbeitslohns aufwenden muss, bestimmt sich ebenfalls, grob gesagt danach, was zu ihrer Reproduktion erforderlich ist (also im wesentlichen der materielle Unterhalt der Arbeitenden und ihrer Familien). All das, was der Arbeiter über diesen Wert hinaus produziert, kann der Kapitalist sich in Form des *Mehrwerts* aneignen. Auf diesem Mehrwert basiert der Gewinn im Kapitalismus. (Formel 2: Mehrwert).

Was passiert nun mit diesem Mehrwert?

Einen Teil davon wird der Kapitalist für seinen eigenen Lebensunterhalt verbrauchen.

Den anderen Teil aber wird dafür verwenden, dass er die Produktion fortsetzen kann; er wird in den Kauf von Arbeitskraft und den Erhalt und Kauf von Produktionsmitteln investieren.

Die für unser Thema zentrale Frage ist nun, ob es beliebig ist, welchen Anteil des Mehrwerts der Kapitalist reinvestiert, ob das weitestgehend von seinen Charaktereigenschaften, seiner Gier nach Gewinn abhängt – oder ob es aus dem System erwachsende Zwänge gibt, die den einzelnen Kapitalisten zwingen, möglichst viel zu reinvestieren. Aus der marxischen Analyse ergibt sich dass Letzteres der Fall ist: es ist die *Konkurrenz* der Kapitalisten untereinander, die den Einzelnen dazu zwingt, einen möglichst hohen Anteil des Gewinns zu reinvestieren.

Nehmen wir an, ein Kapitalist möchte sich damit begnügen, nur soviel seines Gewinns zu reinvestieren, dass er die Produktion unverändert, auf gleicher Stufenleiter fortsetzen kann. Marx spricht in diesem Fall von *einfacher Reproduktion*. Ein solch genügsamer Kapitalist würde in kürzester Zeit unbarmherzig vom Markt verdrängt sein – von anderen Kapitalisten, die ihre Gewinne dazu verwandt haben, ihre Produktion zu erweitern und die deshalb günstigere Preise am Markt erzielen können, die in neue Technologien investiert haben und nunmehr mit weniger Arbeitskraft eine größere Produktmenge herstellen können usw.

Zusammengefasst: Die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander zwingt den Einzelnen „bei Strafe seines Untergangs“ dazu möglichst viel Gewinn zu erzielen, davon einen möglichst großen Anteil

zu reinvestieren, um auf erweiterter Stufenleiter noch mehr Gewinn erzielen zu können und so gegen kommende Konkurrenz gewappnet zu sein.

Dieser Prozess führt zu einem ständigen Anwachsen der Kapitalmenge. Marx bezeichnet diesen Prozess als *Kapitalakkumulation*. Da während dieses Prozesses immer mehr Kapitalisten durch die Konkurrenz aus dem Produktionsprozess gedrängt werden, ist diese Kapitalakkumulation gleichzeitig mit der *Konzentration* von Kapital in immer weniger Händen verbunden.

Die wichtigsten Möglichkeiten, Kapital zu akkumulieren, sind

a) Vergrößerung der *Mehrwertmasse*: Indem ich meine Produktionseinheiten erweitere und mehr lebendige Arbeitskraft in die Produktion einbeziehe, wächst die Masse an Mehrwert, die mir dann als Kapital zur Reinvestition zur Verfügung steht. Gleichzeitig lässt sich in größeren Einrichtungen rationeller produzieren, so dass ich am Markt gegen den Mitkonkurrenten einen Preisvorteil erzielen kann.

b) Vergrößerung der *absoluten Mehrwertrate*: Das erreicht man, indem man das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit (zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft) und der Mehrarbeit verändert. Das kann ganz einfach durch die Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden (Formel: absoluter Mehrwert). Eine weitere Möglichkeit besteht auch darin, dass ich den Preis der Arbeitskraft durch Lohndumping unter ihren eigentlichen Wert drücke oder auch durch Arbeitsverdichtung. In der Frühphase der Industrialisierung waren dies die Hauptmethoden, die Ausbeutung zu verschärfen. Sie finden allerdings dadurch eine natürliche Grenze, dass sie längerfristig zur Ruinierung der Arbeitskraft führt. Alltagssprachlich werden diese Methoden mit dem Begriff des „Raubtierkapitalismus“ verbunden. Und heute spielen diese Methoden, die Akkumulation zu steigern wieder eine wachsende Rolle: dazu muss man nicht einmal auf die Länder der südlichen Peripherie blicken; es genügt ein Blick auf die Fleischfabriken in unserer Nachbarschaft.

c) Aber die wohl wichtigste Methode, die Kapitalakkumulation zu steigern, ist die Erhöhung der *relativen Mehrwertrate*. Der Motor dieser Entwicklung ist die Jagd der Kapitalisten danach, einen Extramehrwert zu erzielen. Sie versuchen, durch technologische Verbesserungen die Produktivkraft in ihren Unternehmen so zu verbessern, dass sie die gleiche Produktmenge in weniger Zeit herstellen können, als es zuvor gesellschaftlich möglich war (Formel 4a). Solange sie diesen Vorsprung aufrecht erhalten können, werden sie die Waren oberhalb ihres jetzigen, herabgesetzten Wertes verkaufen können, denn die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit hat sich ja noch nicht verändert. Den dadurch erzielten zusätzlichen Gewinn werden sie als *Extramehrwert* einstreichen. Nun werden jedoch die mit ihm konkurrierenden Kapitalisten – bei Strafe ihres Untergangs – bestrebt sein, diesen Vorsprung aufzuholen und die Produktivkraft in ihren Unternehmen auf die Stufe des Pionierunternehmens zu heben. Gelingt dies, so verkürzt sich allgemein die zur Herstellung der Waren gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und ein Extra-Mehrwert kann nicht mehr erzielt werden (Formel 4b).

Da die Produktivkraftentwicklung auch auf Waren übergreifen wird, die die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel betrifft, verringert sich pro Arbeitstag der Anteil der notwendigen Arbeit (oder auch der Wert der Ware Arbeitskraft) und in gleichem Ausmaß wächst der Anteil der Mehrarbeit und mit ihr natürlich der an 1 Arbeitstag geschaffene Mehrwert (Formel 5: relativer Mehrwert).

Dies dürften, zusammengefasst, die wichtigsten Gesetzmäßigkeiten im Kapitalismus sein, die die Akteure beständig dazu zwingen, die Produktion auszuweiten, den Grad der Ausbeutung zu erhöhen und die Produktivkraftentwicklung auf den höchsten Stand zu heben. Den destruktiven Charakter dieses Zwangs zu ständigem Wachstum und äußerster Produktivität beschreibt Marx im „Kapital“ folgendermaßen: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher ... die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“

Betrachtet man die Geschichte des Kapitalismus, so lässt sie sich unschwer als eine Abfolge dieser immer weitergehenden Anhäufung von Kapital auf der einen Seite und seiner fortschreitenden Konzentration und Zentralisation in immer weniger Händen erkennen: So wurden zu Beginn, in der Phase seiner Entstehung, die kleinen Werkstätten durch Manufakturen und diese später durch Industriebetriebe verdrängt. Während der Phase des Konkurrenzkapitalismus wurden eine wachsende Anzahl dieser Industriebetriebe Opfer eben dieses Konkurrenzkampfes. Es bildeten sich immer größere Konzerne heraus, in deren Händen sich das Kapital konzentrierte.

Dieser Prozess schreitet nun soweit voran, dass der Kapitalismus Ende des 19. Jahrhunderts in ein neues Stadium eintritt, das Lenin als sein höchstes Stadium bezeichnet: das Stadium des *Imperialismus*.

Dieses Stadium ist durch folgende Wesensmerkmale gekennzeichnet:

a) die Herausbildung von *Monopolen*, die zunächst den Binnenmarkt und später den Weltmarkt durch Absprachen unter sich aufteilen und dadurch die Konkurrenz teilweise ausschalten, bzw. auf eine andere Stufe verlagern können.

b) die *Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital*.

Durch die auf dieser Stufe notwendig werdenden gigantischen Investitionen gewinnt der Kredit und Aktienkapital eine wachsende Funktion, was zu einer besonderen Rolle der Banken führt. Hilferding: „Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Banken, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muss die Bank einen immer größeren Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital ... das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das *Finanzkapital*.“ Ein aktuelles Beispiel für eine solches imperialistisches Konglomerat dürfte die sog. *Deutschland-AG* sein, die der ehemalige Vorsitzende des Gesamtbetriebsrat von VW, Uwe Fritsch, folgendermaßen charakterisiert: Sie ist „... ein Netzwerk von Verflechtungen zwischen großen Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen ... Dieses Netzwerk beruhte auf gegenseitigen Kapitalbeteiligungen und einer Konzentration von Aufsichtsratsmandaten führender deutscher Manager, Gewerkschafter und Politiker ... Die wichtigsten Knotenpunkte ... waren die Banken, z.B. Deutsche Bank, Dresdner Bank, Bayrische Hypo Bank ...“ (U. Fritsch, „Die Deutschland-AG hat sich aufgelöst“ in MB 3/19).

Ein weiteres Charakteristikum ist

c) die kapitalistischen Großmächte kämpfen um die Neuaufteilung der Welt.

Spätestens an dieser Stelle erhebt sich die Frage nach der *Rolle der Nationalstaaten* im Zusammenhang mit dem Prozess der Kapitalakkumulation. Nach marxistischer Auffassung sind Staaten nicht einfach klassenneutrale Institutionen, die dem Wohlergehen der Bevölkerung zu dienen haben; vielmehr besteht ihre Hauptfunktion darin, den kapitalistischen Reproduktionsprozess abzusichern und d.h. vor allem, für optimale Akkumulationsbedingungen der wichtigsten kapitalistischen Zentren in ihren Ländern zu sorgen. Das ist der Grund, warum sie aktiv in die territoriale Aufteilung der Welt zu Gunsten des landeseigenen Großkapitals eingreifen – und das ist auch der eigentliche Grund für den Ausbruch der beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert.

Die Ursachen dafür, dass sich die staatlichen Institutionen weitestgehend den Interessen des Großkapitals unterordnen sind vielfältig. Da spielen sicherlich zum einen materielle Zuwendungen, Lobbyismus und personelle Verflechtungen eine Rolle. Noch wichtiger scheint mir aber zu sein, dass sich der politische Handlungsspielraum für die staatlichen Akteure stark eingeschränkt zeigt, wenn sie innerhalb des bestehenden Systems erfolgreich arbeiten wollen. Seinen Ausdruck findet dieser Umstand etwa in der Aussage von G. Schröder, er könne gegen „die Wirtschaft“ keine Politik machen oder auch in dem von A. Merkel geprägten Begriff von der „marktkonformen Demokratie“. Wir werden an späterer Stelle noch einmal auf diesen Aspekt eingehen.

Warum aber ist die territoriale Aufteilung der Welt von so großer Bedeutung für das Großkapital der mächtigsten Industrienationen?

Die Ursache liegt darin begründet, dass die Industrien in ihrem Zwang, maximale Profite erwirtschaften zu müssen, beständig an Grenzen stoßen: mal fehlt es an verfügbaren Rohstoffen und anderen Ressourcen, mal an bebaubarem Gelände, immer wieder stößt die Produktion an die Grenzen eines aufnahmebereiten Marktes, so dass sich das investierte Kapital nicht verwerten kann und in zyklischen Rhythmen Überproduktionskrisen erzeugt werden. In der herkömmlichen Wirtschaftswissenschaft werden solche Phasen *Rezession* genannt. Die Lösung dieses Dilemmas besteht darin, dass das Kapital seinen Wirkungsbereich ständig ausweitet, dass es sich immer neue Sphären sucht, die es seinen Verwertungsprozess unterwirft. R. Luxemburg hat diesen Prozess als *kapitalistische Landnahme* bezeichnet. Früher, in der Hochzeit des Imperialismus, geschah dies in Form direkter Aneignung von Kolonien; heute vollzieht sich die territoriale Aufteilung der Welt zumeist eleganter, in dem durch ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse, Freihandelsabkommen zu Ungunsten der Peripherie, etc. neokolonialistische Strukturen hergestellt werden.

Wie wir heute wissen, war der Imperialismus, so wie Lenin ihn beschrieben hat, doch nicht „das höchste Stadium des Kapitalismus“. Die vor allem auf die jeweiligen Nationen bezogenen Verflechtungen von Großkonzernen untereinander einerseits und mit den großen Banken andererseits wurden dadurch aufgelöst, dass immer mehr Konzerne an den internationalen Börsen kapitalisiert wurden, was zu einer Internationalisierung der Beteiligungen und einer Veränderung der Aktionärsstruktur von privaten Anlegern, hin zu Hedge-Fonds und Beteiligungsgesellschaften führte. Auch die Produktionsabläufe haben sich weiter internationalisiert: Der Kapitalexport hat enormen Umfang angenommen, grenzüberschreitende Lieferketten und internationale Arbeitsteilung bei der Wertschöpfung haben dazu geführt, dass einzelne Konzerne nicht mehr auf einen nationalen Standort beschränkt sind und dass ihre internationale Abhängigkeit zugenommen hat. Diese hier beschriebene Entwicklung ist das, was heute allgemein als *Globalisierung* oder globalisierter Kapitalismus bezeichnet wird.

Auch diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Profite im nationalen Rahmen an Grenzen stießen. Die in nationaler Beschränkung agierenden Kapitalisten konnten nicht mehr mit denen mithalten, die die Internationalisierung des Kapitals vorantrieben.

Bedeutet nun aber die Internationalisierung des Kapitals, dass die Konkurrenz unter den mächtigen Industrienationen aufhört und ihre Friedfertigkeit zugenommen hat (eine These, die u.a. auch Hilferding seiner Zeit vertreten hat und die ja auch in der Diskussion unter Linken heutzutage eine gewisse Rolle spielt)? Wer etwa beobachtet hat, wie intensiv die Bundesregierung gegenüber anderen EU-Ländern die Interessen der mächtigen deutschen Automobilbranche vertritt, wie konsequent die großen Industrieländer sich darum bemühen, ihre territorialen Einflusszonen auszubauen, wie bei Freihandelsabkommen darum gefeilscht wird, den jeweils ansässigen Konzernen Vorteile zu verschaffen, wird schnell erkennen, dass dem nicht so ist. „Unabhängig vom Standort der Konzernzentrale“, schreibt Uwe Fritsch, hat ein riesiges Industrieunternehmen immer auch das Ziel, „mit Hilfe der nationalen Regierungen auf dem internationalen Parkett die Kapitalverwertungsbedingungen mindestens zu erhalten oder ... auszubauen“. Dabei befinden sich Großkonzerne im Vorteil, die in solchen Nationen ihren Standort haben, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Macht über internationalen politischen Einfluss verfügen. Gleichzeitig verfügt aber auch eine jeweilige Nation über um so mehr ökonomische Macht, je besser die Akkumulationsbedingungen der bei ihr ansässigen Konzerne sind. Noch werden diese Konkurrenzen unter den führenden Industrienationen nicht in militärischer Form ausgefochten – noch spielt sich das Ganze in Form von „Wirtschaftskriegen“ statt. Dass sich die ökonomisch bedingten Konflikte unter den führenden Wirtschaftsmächten zunehmend verschärfen, ist aber eine kaum zu übersehende Tatsache.

Exkurs:

Eine Reihe marxistischer Wissenschaftler behaupten, dass in jüngster Zeit die Notwendigkeit kapitalistischer Landnahme noch einmal bedeutend zugenommen habe. Dem liegt ihre These zu Grunde, dass es sich bei der aktuellen Krise, deren Beginn etwa um 2007 / 2008 datiert wird und die mit Schwankungen bis heute andauere, nicht mehr um eine für den Kapitalismus typische zyklische Krise handle. Es handle sich vielmehr um die *finale Krise des Kapitalismus*, die einen *Epochenbruch* ankündige. Dadurch, dass er infolge seiner rasanten Produktivkraftentwicklung immer mehr lebendige Arbeit aus dem Produktionsprozess verdränge, verringere sich der Wert, der den Produkten hinzugefügt werde, was zu einem Sinken der zu erzielenden Rendite führe. Marx hat diesen Vorgang im „Kapital“ als „*tendenziellen Fall der Profitrate*“ beschrieben (*Formel 6*). Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich ganz aktuell in der heutigen Zeit beobachten: Die Kapitalisten der entwickelten Industrieländer versuchen dem Sinken ihrer Renditen dadurch zu begegnen, dass sie

1. verstärkt kapitalistische Landnahme betreiben. Dazu werden im Binnenbereich Sektoren in die Kapitalverwertung einbezogen, die bislang davon ausgeschlossen waren, also vor allem der ganze Bereich der Daseinsvorsorge. Im internationalen Rahmen ist der geostrategische Kampf um Einflussphären wieder voll entbrannt, wovon die Vielzahl militärischer Interventionen zeugen, die heute unter dem Deckmantel der Menschenrechte geführt werden.
2. versuchen die Kapitalisten dem Sinken der Profite dadurch zu begegnen, dass sie den Preis der Ware Arbeitskraft zu senken versuchen. In diesem Zusammenhang ist m.E. die Ablösung der wohlfartsstaatlichen Organisierung des Kapitalismus, die nach dem 2. Weltkrieg vorherrschend war, durch das Regime des *Neoliberalismus* zu begreifen. Die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 könnten so als der Versuch verstanden werden, dem Sinken der Profite durch eine Kampagne zur Erhöhung des absoluten Mehrwerts zu begegnen.
3. flüchtet das Anlage suchende Kapital in wachsendem Maße aus der zu wenig Rendite erbringenden Realwirtschaft in den Finanzsektor, der dadurch überproportional aufgebläht wird.

Gleichzeitig seien die Möglichkeiten des Kapitals, der sinkenden Profitrate durch Wachstum zu begegnen, weitestgehend ausgeschöpft: Die Aufteilung der Welt in Einflusszonen und die Herstellung eines globalisierten Weltmarkts seien weitestgehend vollendet; die Märkte seien mit Waren aller Art verstopft, einer weitergehenden imperialistischen Landnahme sei der Weg versperrt. Damit sei aber auch einer weiteren Kapitalakkumulation der Boden entzogen, was zwangsläufig einen Epochenbruch herbeiführen müsse.

M.E haben diese Wissenschaftler eine Entwicklungstendenz richtig beschrieben; worin ich mit ihnen jedoch nicht übereinstimme, ist die von ihnen angenommene Finalität dieses Prozesses: Wer z.B. Länder der südlichen Peripherie bereist hat, müsste eigentlich schnell erkennen, dass hier noch beträchtliche Reserven für profitträchtige „Landnahme“ bestehen.

Die Frage, die uns in unserem Zusammenhang natürlich am meisten interessieren muss, lautet natürlich: Lassen sich innerhalb des kapitalistischen System trotz des ihm immanenten Wachstumszwangs Regelungen durchsetzen, die sein Wachstum zu Gunsten einer ökologischen Klimapolitik begrenzen? Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten.

Zum einen haben wir vielfältige Beispiele für Regelungen, die die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft eingrenzten, obwohl dies eine Minderung des Ausmaßes unmittelbarer Kapitalakkumulation bedeutete. Marx hat ein ganzes Kapitel im „Kapital“ dem Kampf zur Begrenzung des Arbeitstages während des Frühkapitalismus gewidmet. Ein weiteres Beispiel für die Möglichkeit einer solchen Begrenzung ist die Sozialgesetzgebung unter Bismarck. Auch der Klassenkompromiss im „rheinischen Kapitalismus“ der Nachkriegsjahre dürfte zu dieser Kategorie gehören. Wir sehen also, die weiter oben beschriebene Staatsfunktion im Interesse der Großkonzerne ist keinesfalls so zu verstehen, dass sie zu jeder Zeit unmittelbar die optimalen Kapitalverwertungsbedingungen für diese Konzerne herstellen muss.

M.E. ist es eine Kombination von Faktoren, die die Durchsetzung von Regelungen ermöglichen, mit denen eine Begrenzung der Kapitalakkumulation verbunden ist:

1. Der Staat fungiert als „ideeller Gesamtkapitalist“. Er muss neben den Interesse der mächtigsten Kapitalgruppen auch die der anderen im Auge haben. Und er muss vor allem auch darauf achten, dass neben der unmittelbaren Kapitalverwertung die langfristigen, auf Dauer ausgerichteten Kapitalverwertungsinteressen gewahrt bleiben.
2. Damit der Staat seine Funktion in dieser Weise wahrnimmt, bedarf es eine starken, Volksbewegung, die einen entsprechenden Druck auf ihn ausübt.
3. Solche Begrenzungen lassen sich in Phasen wirtschaftlichen Aufschwungs sehr viel leichter durchsetzen als in Phasen der Rezession – ein treffendes Beispiel ist der wirtschaftliche Boom der Nachkriegszeit.

Gleichzeitig finden sich in der Geschichte aber auch genügend Beispiele dafür, dass Bemühungen, der Kapitalverwertung zu Gunsten der Lohnabhängigen Grenzen zu setzen, an den Wachstumsgesetzen des Kapitals scheiterten: Zu nennen wäre hier etwa der Versuch der Linksregierung in Frankreich unter Jospin, gesetzlich die 35-Std.-Woche und andere soziale Verbesserungen für die Arbeitenden durchzusetzen, die daran scheiterten, dass sie eine wirtschaftliche Rezession auslösten. Die Akkumulationsbedingungen für das französische Kapital waren gegenüber denen anderer führender Industrienationen ins Hintertreffen geraten.

Wie die Historie ebenfalls deutlich zeigt, sind einmal durchgesetzte Begrenzungen keineswegs stabil; sie sind heftig umkämpfte Felder, dem ständigen Bemühen starker Kapitalverbände ausgesetzt, sie wieder rückgängig zu machen. Bestes Beispiel hierfür ist die neoliberale Offensive, die weltweit sozialstaatliche Errungenschaften und Arbeitsschutzrechte wieder zerstört und z.B. in Deutschland „den besten Niedriglohnsektor geschaffen“ hat.

Was wir hier über Begrenzungen zum Schutz der Arbeitskraft ausgeführt haben, gilt gleichermaßen auch für Maßnahmen zum Umweltschutz. Wir haben hier, wie die Autoren Brand & Wissen in ihrem Buch „Imperiale Lebensweise“ ausführen eine paradoxe Situation: Auf der einen Seite gibt es eine breite gesellschaftspolitische Diskussion über die ökologische Krise; in den Medien ist Umweltpolitik präsent wie nie; staatliche Politik und Verwaltung befassen sich seit Jahren intensiv mit Nachhaltigkeitsthemen und eine starke Umweltbewegung in Deutschland konnte immerhin den Ausstieg aus der Atomenergie erzwingen.

Auf internationaler Ebene gab es 1992 die Rio-Konferenz und die sog. Agenda 21, die einen globalen Rahmen schaffen sollten für ein ökologisches Umweltmanagement, das einen sozial-ökologischen Umbau vorantreiben und die Basis für nachhaltige Entwicklung bereiten sollte. Um so widersinniger erscheint „die Tatsache, dass (seitdem) die Umweltzerstörung weiter und immer schneller voranschreitet.“ Der globale Ressourcenverbrauch hat zur Jahrtausendwechsel enorm zugelegt und sich seit 1970 verdreifacht. Ökologische Umbaumaßnahmen in wenigen Bereichen werden durch höchst dynamische nicht nachhaltige Entwicklungen konterkariert. Ein brandaktuelles Beispiel für diesen Widerspruch ist die Bewegung „Friday for Future“ einerseits, die in der öffentlichen Diskussion und den Schlagzeilen der Medien omnipräsent ist und deren Repräsentantin sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen war – und dann auf der andern Seite ihr Niederschlag in der realen Politik, wie er sich in den Beschlüssen der GroKo zur Klimapolitik zeigt.

Schon damals gab es kritische Stimmen, die darauf hinwiesen, das bei all den ehrgeizigen Zielen ein entscheidender Punkt nicht angesprochen worden war: Vergessen wurde, dass dieser ökologische Umbau im Rahmen der kapitalistischen Globalisierung stattfinden sollte.

Nur ein paar Jahre später wurde die Welthandelsorganisation gegründet und die ökologische Debatte wurde überlagert und verdrängt von Fragen, wie die Markteffizienz gesteigert werden könnte. Nach der Finanzkrise 2007/8 gerieten umweltpolitische Themen vollends unter Druck, weil

es nunmehr unmittelbar ums Kerngeschäft ging: nämlich um die Sicherung des kapitalistischen Wachstums.

Als Fazit lässt sich festhalten: Sicherlich lassen sich auch innerhalb des kapitalistischen Systems in begrenztem Umfang und immer bedroht durch ihnen entgegengesetzte Kapitalverwertungsinteressen Umweltschutzmaßnahmen durchsetzen. Diese Gegenkräfte werden um so stärker sein, je mehr die ökologischen Erfordernisse einen Generellen Verzicht auf Wachstum beinhalten. Ökologische Forderungen, die lediglich einen technologischen Umbau der Produktion beinhalten, werden dagegen oftmals bereitwillig aufgegriffen, weil sie der Kapitalakkumulation ein neues Betätigungsfeld eröffnen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist etwa die Ersetzung des Verbrennungsmotors in PKWs durch Elektromotoren. Ganz anders sähe es dagegen aus, wenn politisch eine drastische Einschränkung des Individualverkehrs durchgesetzt werden sollte. Hier müsste mit massivsten Gegenreaktionen der Großkonzerne gerechnet werden.

Es muss die Aufgabe von Linken sein „mit klarem Blick auf die antagonistischen Eigentums- und Machtverhältnisse im Kapitalismus für ... sozial-ökologische Umgestaltungen ein(zu)treten. Sie muss dazu beitragen, dass die neue Klima- und Jugendbewegungen an Einfluss gewinnen“ (Andre Leisewitz in Marxistische Erneuerung). Viel Hoffnung erzeugt in diesem Zusammenhang die enorme Dynamik, die die Bewegung „Friday for Future“ aktuell entfaltet. Eine grundlegende ökologische Erneuerung, die den Gefahren unseres Planeten durch Klimakrise, Raubbau an Ressourcen und Luftverschmutzung wirksam begegnen könnte, wird jedoch ohne einen qualitativen Umbau unserer Gesellschaft nicht zu haben sein.

.